

AKTUELL



SPRACHEN

Ideal vs. Realität

Tessie Jakobs

Die sprachpolitischen Maßnahmen des Erziehungsministeriums stoßen weiter auf Kritik. PraktikerInnen bezweifeln die Umsetzbarkeit der Neuerungen auf dem Arbeitsmarkt.

Neben dem Bildungswesen ist der Arbeitsmarkt wahrscheinlich der Bereich, in dem die Auswirkungen der Vor- und Nachteile der Luxemburger Mehrsprachigkeit am stärksten ersichtlich werden. Am vergangenen Dienstag hatte die „Gréng Stéftung“ deshalb AkteurInnen aus Pflege, Handel und Wirtschaft sowie, aus der Politik, den Abgeordneten Claude Adam zu einer Podiumsdiskussion über die hiesige Sprachensituation eingeladen.

Das Französische überwiegt in allen Bereichen des Arbeitsmarktes als Umgangssprache, machte der Sprachsoziologe Fernand Fehlen einleitend klar. Jedoch nicht ohne Konkurrenz: das Englische ist ebenfalls präsent und gewinnt zunehmend an Bedeutung.

„Neben Kenntnissen in diesen beiden Sprachen ist jede weitere Kompetenz von großem Vorteil“, betonte Valérie Massin, Leiterin der Personalabteilung von Arcelor-Mittal. Zwar wird gefordert, dass jeder, der hierzulande arbeitet, zumindest über rudimentäre Luxemburgisch-Kenntnisse verfügen muss, doch scheitert das meist an der Umsetzbarkeit: „In unserer Sparte arbeiten 52 Prozent GrenzgängerInnen. Neben Arbeit, Fortbildungen, An- und Heimfahrt sowie der Familie bleibt oft einfach keine Zeit mehr für Luxemburgischkurse“, erklärte Philipp von Restorff von der Association des Banques et Banquiers. Hinzu komme, dass viele GrenzgängerInnen in ihrem Arbeitsalltag gar nicht mit der luxemburgischen Sprache in Berührung kommen und deshalb auch keine Gelegenheit haben, sie anzuwenden.

Besonders schwierig ist die Situation im Krankenhaus: „Beim Personal selbst sind 30 Nationalitäten vertreten, bei den Patienten sogar 162, die insgesamt 40 verschiedene Sprachen angeben. Laut Gesetz hat jeder Patient einen Anspruch darauf, dass mit ihm in

einer Sprache kommuniziert wird, die er versteht“, erklärte Monique Birken, Pflegedirektorin des CHL. Häufig müsse deshalb auf externe ÜbersetzerInnen zurückgegriffen werden.

Claude Adam räumte ein, dass auch der Sprachurlaub die Probleme nicht lösen könne. Bei diesem handelt es sich um einen Sonderurlaub von bis zu 200 Stunden, den ArbeitnehmerInnen zwecks Verbesserung der eigenen Luxemburgischkenntnisse in Anspruch nehmen können. Daneben wies er darauf hin, dass das Schulwesen hier nur einen begrenzten Einfluss hat: „Auf dem Arbeitsmarkt gibt es 200.000 Grenzgänger und 50.000 nicht-luxemburgische Einwohner. Diese haben also überhaupt nicht das luxemburgische Bildungssystem durchlaufen.“

Luxemburgisch? Nebensächlich.

Abschließend wurde über den kürzlich vom Bildungsministerium vorgestellten Aktionsplan zur Förderung der luxemburgischen Sprache diskutiert. Nachdem dieser bereits bei den Oppositionsparteien auf Kritik gestoßen war, zeigten sich auch die Diskutierenden eher skeptisch. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt bemerkte Pflegedirektorin Birkel, dass infolge der Umsetzung einiger Bestimmungen viele Stellen unbesetzt blieben. Damit bezog sie sich vor allem auf die sogenannte „Strategie Nummer 31“, die vorsieht, dass das Pflegepersonal durch den Collège médical auf seine Kenntnisse der Luxemburgischen Sprache hin überprüft werden soll. Patricia Helbach, Direktionsbeauftragte der Hospices Civils Pafendall an Hamm, pflichtete der Kritik bei: „Solche Maßnahmen werden von außen entschieden, können in der Praxis jedoch nicht umgesetzt werden.“

Deutlich wurde auf der Veranstaltung vor allem eines: die große Diskrepanz zwischen den geplanten Maßnahmen und ihrer praktischen Umsetzbarkeit.

SHORT NEWS

Findel: Freifahrtschein in die Lärmfalle

(lm) - Die Politik in Sachen Findel dürfte als eine der größten der mit der grünen Regierungsbeteiligung verbundenen Enttäuschungen in die Geschichte eingehen. Der im März vorgelegte Aktionsplan gegen den Flughafenlärm bestätigt, dass François Bausch für einen blindwütigen Ausbau des Findels ohne Rücksicht auf Nebenwirkungen steht (siehe auch woxx 1305 und 1363). Der Mouvement écologique kritisiert in einer Stellungnahme, dass der Aktionsplan nicht den EU-Vorgaben entspricht und keinen Beitrag zur Reduzierung der Lärmbelastung darstellt; die „procédure publique“ müsse deshalb ein zweites Mal durchlaufen werden. Vor allem das „Fehlen einer langfristigen Strategie“, an der man den Willen zur Berücksichtigung der Lärm-Gesundheitsschäden messen könnte, führt in den Augen der NGO dazu, dass der Aktionsplan „de facto ein Freifahrtschein für den Flughafenbetreiber“ ist. Im Detail analysiert der Mouvement die technischen Daten, die die Situation besser erscheinen lassen, als sie ist: veraltete Lärmkarten, untransparente Flughafenengebühren, viel zu niedrige Grenzwerte, unklare Regelung der „période de nuit“. Eine der Planungen ist allerdings leicht zu interpretieren: die besonders geringe Höhe der Passagiergebühren. Sie zeigt, wohin die Reise geht: Fliegen soll noch attraktiver werden, hält der Mouvement fest - „auf Kosten der Anrainer sowie des Klimaschutzes“.

Genmais-Zulassungen: Ball erneut im Feld der Kommission

(dw) - Über die Zulassung von neuen Genmaissorten gibt es in der EU unterschiedliche Meinungen. Derzeit sind es jedoch vor allem die sich eines Standpunkts enthaltenden Länder, die eine Entscheidung blockieren. Als am Montag im Expertenausschuss für das sogenannte Komitologie-Verfahren über die Erlaubnis von vier neuen Sorten abgestimmt wurde, gab es erneut überhaupt keine Mehrheit, weder für noch gegen eine Zulassung; Luxemburg hatte jeweils gegen eine solche gestimmt. Dem Verfahren nach muss in einem solchen Fall die Kommission entscheiden. Brüssel würde jedoch diese undankbare Rolle gerne abgeben und hat eine Reform des Verfahrens vorgeschlagen. „Diese Reform wurde jedoch von Rat und Parlament noch nicht angenommen“, sagte am Dienstag ein Sprecher der Kommission und bedauerte, dass die Kommission, „nicht das Privileg hat“, sich bei einer Abstimmung zu enthalten. Man werde sich daher an „die legale Verpflichtung halten und sich erneut mit dem Thema befassen“, so der Sprecher. Dabei ließ er offen, bis wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Wäre die Reform in Kraft, hätten die Mitgliedstaaten und nicht die Kommission das letzte Wort.

Oxfam (re)met en cause le Luxembourg

(lc) - Depuis 2015, toutes les banques européennes sont forcées de publier leurs bénéfices engrangés dans tous les pays où elles se sont implantées. C'est le fameux « country-by-country reporting », qui pour le moment ne vaut que pour les institutions bancaires. L'ONG Oxfam - avec le réseau Fair Finance Guide International - s'est procuré la première récolte de ces données pour en faire une analyse précise et inédite, puisque avant on n'en disposait pas. Et, grande surprise, c'est encore une fois le Luxembourg qui, avec l'Irlande, compte parmi les mauvais élèves. Ainsi, le grand-duché ne représente que 0,5 % des effectifs des banques analysées, mais réussit à cumuler 5,5 % des bénéfices (4,9 milliards d'euros, soit autant que le Royaume-Uni, l'Allemagne et la Suède réunis). Pas étonnant, vu que les taux d'imposition grand-ducaux pour les banques internationales sont très « compétitifs », pour le dire avec pudeur. Du coup, les employés de ces banques sont énormément plus productifs, du point de vue de la valeur produite, que leurs collègues dans d'autres juridictions. Mais, selon Annemarie Jung, la secrétaire générale de l'ABBL (sur la radio publique), la méthode utilisée par l'ONG ne serait pas adéquate. Circulez, y a rien à voir...